

Ersteinst  
wöchentlich einmal  
in  
Zürich (Schweiz)  
Verlag  
H. Dertter, Industriehalle  
Mühlbach-Zürich  
Postsendungen  
franco gegen franco.  
Gewöhnliche Briefe  
nach der Schweiz kosten  
1.—; Doppelpostporto.

# Der Sozialdemokrat

Internationales Organ  
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements  
werden nur beim Verlag und  
bei den bekannten Agenten ent-  
gegengenommen und zwar zum  
voraus zahlbaren  
Vierteljahrspreis von:  
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)  
Fr. 3.— für Deutschland (Gewert)  
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Gewert)  
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des  
Weltpostvereins (Kreuzband).  
Inserate  
Die dreifache Preissätze  
25 Gts. — 20 Vfg.

N. 33.

Sonntag, 15. August.

1880.

Was an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, begn. befolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. welche von dort an uns und unsere Zeitungen- und sonstigen Sendungen nach dort abzulassen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Nachlässigkeit verkommen. Die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterfordernis ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag schriftl. abdrücken, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch die möglichst unverfängliche Zustellungsbekanntmachung mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich demgemäß die Evidenz der Kommunikation. Sobald an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um teufel alle entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unsern Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

## Flugschriften-Fonds.

Zürich 10.—; E. K., Mailand (Fr. 1.—) —80; aus der Werkstatt R. D. 3,10; R. K., Prag 3.—; D. S. Wul (Fr. 1,10) —88; J. C., Zürich (Fr. 5.—) 4.—; Reise-Anschrift von Baron Judger (Fr. —) —53; M. H., Darmstadt (Fr. 7,50) 6.—; F. R. S.—berg (6. R. —) 30 Kr. —50; F. J. K. 3.—; Gesellschaft zur grünen Putze 1.—; Erlös einer Verlosung d. sozialdem. B. St. Gallen (Fr. 2,35) 1,88; zusammen R. 34,69  
früher eingegangen „ 580,64  
Gesamteingang R. 615,53

## Fonds zur Unterstützung der Opfer des Sozialistengesetzes.

Bis ultimo Juli gingen ein:  
Bochum 1.—; Höchst a. M. 10.—; S., Darmstadt 10.—; Berlin 20.—; Weza 15.—; Brieg 2,60; Kiel 16.—; Chemnitz R. K. 15,80; Laura —50; Limbach 2,60; Wittweida 2,40; Rendsburg 3.—; Langenbielau 1,70; Hamau 25.—; Sachsenthausen 15,50; Augsburg 25.—; Zur Freude Nabal's 30.—; Ebn 60.—; Jorckheim 30.—; Hofeld 4,10; Quersbaldorf 1,20; Unsere Freunde zum Schutz unsern Feinden zum Trutz 250.—; W. Leipzig 6.—; Schmolln 2.—; Pflau 1.—; Vindenan d. Leipzig 19.—; S. aus W. 20.—; Ein Süddeutscher 150.—; Von der rothen Koborte in P. 195.—; Minden l. B. 7,50; Reuwiges 26.—; Herold 6.—; Ungen. 50.—; Jostrow 1.—; Augsburg 3.—; S. Köln 10,00; Dr. S., Leipzig 3.—; S. K., Leipzig 5.—; Aachen 1,50; S. aus R. in Ostpreußen 10.—; Hannover 43.—; Cottbus 3,30; Sch., Leipzig 13.—; Königsberg l. P. 33.—; Freieisen 10.—; Grefrath 52,50; Coblentz 8,05; Augsburg 100; München 20.—; München 10.—; Altrenberg d. C. von der alten Garde „Arbeitergroßen“ 115.—; Jülich ??? III 15.—; Bielefeld 6,70; Ostrow 6,55; Gumbinnen 40.—; Großenheim 7.—; Dresden R. 25.—; S. Berlin 3.—; Selbstbesetzung, VIII 1, Zürich (bis 8. August) (Fr. 17,75) R. 14,30; zusammen R. 1,924,46  
früher eingegangen „ 16,270,67  
Gesamteingang R. 18,195,13

## Eine günstige Wirkung des Sozialisten- Gesetzes.

Unsere Gegner jeder Gattung sind von den überschwenglichen Erwartungen, welche sie anfänglich in die Wirkung des Sozialistengesetzes setzten, nachgedrungen bald genug wieder zurückgekommen. Von der früher allgemein erwarteten „Verächtlichmachung“ der Sozialdemokratie träumen heute nur wenige mehr, und selbst eine nennenswerte Einschränkung unserer Partei wird von zahlreichen aus Hoffnungslosigkeit zu Pessimisten Gewordenen nicht mehr erwartet. Ein großer Theil der nichtsozialistischen Bevölkerung und selbst der uns feindseligen Presse hat sich seit unseren unerwarteten Wahlsiegen und seit dem Wiedererscheinen einer energischen Propaganda daran gewöhnt, den Sozialismus trotz aller Polizeiallgewalt wieder allenthalben auf dem Vormarsch zu erblicken. Selbst die Regierung, die ja tagtäglich ihre Ohnmacht gegenüber der wachsenden Ausdehnung der Sozialdemokratie fühlt und dieselbe vor dem Reichstag selbst eingestehen mußte, ist in ihren Hoffnungen weit bescheidener geworden. Während sie sich vor nun bald zwei Jahren siegesgewiß anheischig machte, vermittelst Ausnahmengesetz und Belagerungszustand die „Schule des Verbrechens“ ein für allemal zu schließen, sieht sie es jetzt schon als einen wesentlichen Erfolg an, angeblich ihre Restrukturierung ersichert und ihren Zusammenhang gelockert zu haben.

In einem neueren Aufsatz der hochachtlichen „Norddeutschen Allgemeinen Ztg.“, in welchem sich dies Bismarck'sche Leitblatt mit einem Artikel eines süddeutschen Blattes über die eigentlichen, thätigsten Wirkungen des Sozialistengesetzes beschäftigt, werden als solche „die Wiederherstellung der durch die sozialistische Presse verhöhten und untergrabenen Autorität des Staates und die Schwächung der sozialistischen Organisation, sowie insbesondere die Lockerung der früheren Geschlossenheit der Parteianhänger und damit die Erschütterung der geistigen Parteidisziplin“ angegeben. Wir wollen uns heute mit den beiden ersteren Punkten nicht weiter befassen, umso mehr als jeder vorurtheilslos Urtheilende recht wohl weiß, wie es mit diesen beiden angeblichen „Erfolgen“ bestellt ist; denn die Autorität des Staates ward nie erfolgreicher und gründlicher „untergraben“ als gerade jetzt, und die „Schwächung der Organisation“ erhält durch die zahlreichen Lebensäußerungen unserer Bewegung in allen Theilen des Reiches, bei Wahlen, durch die geheime Propaganda, durch die Einfuhr von Zeitungen und Schriften u. merkwürdige Illustrationen und wird immer merkwürdigere erhalten.

Noch bleiben wir für heute beim letzten Punkt, der angeblichen Erschütterung der geistigen Parteidisziplin. Das Bismarck'sche Blatt spielt dabei deutlich auf „die jetzt in die

Deffentlichkeit hinausgetragenen Streitigkeiten innerhalb der Sozialdemokratie, Hasselmann gegen Bebel u. c.“ an. Und wenn es auch — durch schlimme Erfahrungen etwas gewizigt — vorsichtig genug ist, zu erklären, daß „man mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie völlig unbekannt sein müßte, wenn man sich der Einbildung hingeben wollte, daß diese Streitigkeiten Symptome des Zerfalls der ganzen Bewegung seien“; so klammert es sich doch angelegentlich an die offensichtliche Unstichhaltigkeit der übrigen „Erfolge“ des Gesetzes wie ein Ertrinkender an diesen Strohhalmen an und traut ihm mit der Glaubensfestigkeit der Hülfslosigkeit die Tragkraft eines Balkens, ja eines ganzen Schiffes zu, das den Bedrohten sicher und ungefährdet an das ersehnte Ufer bringen könne. Und dieselben Hoffnungen nährt ein großer Theil unserer Gegner.

Haben sie ein Recht dazu? Auf den ersten Anschein, oberflächlich betrachtet, möchte es fast so scheinen. Denn während die deutsche Sozialdemokratie früher das großartige Beispiel einer vollkommenen einigen Partei gegeben, welcher die Lösung der Aufgabe gelungen war, die vollkommenste Freiheit und Gleichberechtigung aller Parteiglieder in der Berathung mit der strengsten Geschlossenheit und Disziplin in der Ausführung zu vereinigen, machen sich seit Beginn des Sozialistengesetzes vielfach Anzeichen bemerkbar, welche auf eine Lockerung dieser gerade jetzt doppelt notwendigen Einigkeit und Disziplin hindeuten. Da ist die abgefordert von der Partei und größtentheils in feindlichem Gegensatz zu ihr wirkende Thätigkeit Most's; weiter die lange unklare und die Gemüther aufregende Angelegenheit Hasselmann's; ferner der Verfall einer Anzahl untergeordneter Geister, die an einigen Orten bestanden oder theilweise noch bestehende Lässigkeit oder Widerpenflichkeit u. c. Es wäre thöricht, diese Thatsachen wegzuleugnen oder herabzuziehen zu wollen, obgleich sie von den Gegnern vielfach weit übertrieben werden, indem dieselben glücklicherweise nur einen kleinen Theil der Partei betreffen, während das Gros vollkommen intakt geblieben ist; solche wunde Punkte dürfen nicht verkannt, sondern müssen offenbar gemacht werden, damit sie in ihrem Wesen und Umfang erkannt, und damit auf Grund dieser Erkenntnis die nöthigen Schritte zur Heilung gethan werden können.

Gewiß sind die angeedeuteten Punkte wunde. Wenn eine sich zu allen übrigen Klassen und Parteien, zu der ganzen übrigen Welt in Gegnerschaft stehende, weil sie in ihrem Bestand bedrohende Partei, die dabei noch verhältnismäßig klein ist, schon in Zeiten verhältnismäßigen Friedens nur durch vollendetste prinzipielle Einigkeit und willige Unterordnung des Einzelnen unter das Ganze, durch ökonomische Zusammenfassung der Kräfte zu einem streng einheitlichen Organismus Erfolge zu erringen vermag, — so ist das im Kriegszustand, in Zeiten der verstärkten Unterdrückung und erbittertsten Verfolgung zehn- und hundertfach der Fall. Und schmählich und verrätherisch handelt jeder, der in solcher Zeit aus Gründen schamiger Selbstsucht oder vertiefter Eitelkeit, aus angeborener Streitsucht und Unverträglichkeit oder aus hundert anderen persönlichen Gründen durch schlechtes Beispiel oder direkte Aufreizung eine Lockerung der Disziplin herbeiführt; ein Verräther ist, wer seine Fahne in der Stunde der Gefahr feig im Stiche läßt; offenen Verrath begeht, wer angelegentlich des Feindes eine Meuterei anzuzetteln und dadurch die eigenen Reihen zu verwirren und zwischen zwei Feinden zu bringen sucht.

Und solche schändliche Handlungen sind leider von einzelnen Leuten begangen worden, welche in den Jahren des mächtig wachsenden Einflusses des Sozialismus unserer Fahne zugeeilt waren, um ihren Ruhm, ihre Erfolge und — ihre Vorhülle zu theilen. Und was noch mehr: sie sind auch von Männern begangen worden, welche ehemals hervorragende Rollen in unserer Bewegung spielten und zu denen das sozialistische Proletariat mit Achtung und Vertrauen emporblickte. Das sind unbestreitbare und traurige Thatsachen, traurig besonders auch deshalb, weil nichts verstimmender, verbitternder und die Begeisterung lähmender wirkt, als wenn man sein Vertrauen in die Verlässlichkeit und Ehrenhaftigkeit eines Freundes getäuscht sieht und von dem falschen Schlimmeren erlitten, als vom offenen, ehrlichen Feind selbst.

Gewiß muß der Eindruck solcher Handlungsweise einseitiger Mitgenossen auf die deutsche Sozialdemokratie verstimmend, peinlich, erbitternd wirken. Aber haben darum unsere Feinde ein Recht, sich über diese Dinge als über einen großen Vortheil für sie und einen gewaltigen, immer weiter fressenden und uns schließlich zu Grunde richtenden Schaden für uns zu freuen? Das gerade Gegenteil ist der Fall! Weit entfernt, eine für uns ungünstige Wirkung des Sozialistengesetzes zu sein, ist diese Wirkung, alle irgendwie unzuverlässigen Elemente zu offenbaren und aus unsern Reihen zu entfernen, die günstigste, welche wir wünschen können; und nach dieser Richtung betrachtet, wirkt das zu unserer Vernichtung ersonnene Sozialistengesetz geradezu segensreich für uns. Denn es ist ein Prüfstein, der das Rahengold der Selbstsucht, der Eitelkeit, des Ehrgeizes zuverlässig scheidet von dem lauterem Gold der ächten selbstlosen Hingabe an unsere große

Sache; ein Gährungsferment, welches alle im Laufe der Zeit in die Bewegung gekommenen unlauteren oder unbrauchbar gewordenen Elemente ausfondert; ein reinigendes Feuer, das die dem Edelmetall des Sozialismus anhaftenden und es verunreinigenden Schlacken ausstößt und beseitigt.

Gewiß wird durch diese Operationen die der Prüfung unterworfenen Quantität geringer; aber sie gewinnt dafür das Doppelte und Dreifache an Qualität. Im politischen Kampf kommt es wie im Kampf der Waffen — in den ja jener oft genug und in unserm Fall sicher übergeht — vor allem auf die Zuverlässigkeit der Faktoren an, welche zu seiner Durchführung nöthig sind. Und daß in der Schlacht ein Bataillon, dessen Befinnung, Treue und Tüchtigkeit sicher ist, mehr Werth hat, als ein Regiment zusammengelaufener, undisciplinierter und unzuverlässiger Leute, — das liegt auf platter Hand. Jeder Abgang eines verrätherischen, zuchtlosen oder auch nur nicht ganz zuverlässigen Soldaten ist für das kampfbereite Heer ein Gewinn; und entsetze die Hälfte der Mannschaft — der kluge Feldherr wird sie ruhig laufen lassen und ihr noch die Wege zum Feind öffnen, denn solches Gesindel kann auch diesem nur schaden, während jener mit dem treugebliebenen Häuflein Siege erringen wird, zu denen er jenes niemals hätte führen können. Und mit einer politischen Partei und ganz besonders mit der mit aller Welt im Kampfe liegenden Sozialdemokratie verhält sich's ebenso. Was nützt uns denn ein großer Haufe, wenn sich unter ihm Elemente befinden, welche nur im Frieden oder beim Sieg ihre Pflicht thun, bei der ersten Strapaze, bei dem ersten wirklichen oder scheinbaren Mißerfolg aber abfallen? Wir sind gegen unsere zahllosen Feinde nur ein kleines Häuflein; wir müssen daher auf jeden einzelnen unserer Kämpfer zählen, voll und ganz zählen können. Wie sollen wir uns erfolgreich perthendigen oder gar angriffsweise vorgehen, wenn wir auf den Geist, die Hingebung, das Zusammenwirken, das Wollen und Können unserer Truppen nicht verlassen können?

Daher muß uns die Wirkung des Sozialistengesetzes, alle irgendwie unzuverlässigen Elemente, welche nicht im Stande oder nicht willens sind, ihre Person der Sache unterzuordnen, auszurangieren und alle ähnlichen jetzt noch außerhalb stehenden Elemente uns fernzuhalten, — nur willkommen sein. Wir unsererseits aber haben diese unsere die Partei regenerierende Wirkung nach Kräften zu unterstützen, indem wir die theilweise locker gelassenen Bügel der Parteidisziplin kräftig anspannen und die Parole ausgeben: Wer nicht für uns, voll und ganz für uns und mit uns ist, der ist gegen uns und werde als Feind betrachtet!

Fort aus unsern Reihen mit allen, die aus Ehrgeiz, Eitelkeit, Streitsucht und anderen persönlichen Beweggründen Zank und Zwietracht stiften; fort mit allen, welche unserer Sache nicht aus lauterem, selbstlosen Motiven anhängen, sondern um ihrer Eitelkeit zu fröhnen und um sie selbstständig für ihre persönlichen Interessen auszunutzen; fort mit allen, welche vor die Wahl zwischen unserer großen Sache und ihrem eigenen Interesse gestellt, zaudern; fort mit allen, welche durch ihr Thun und Treiben, durch ihren persönlichen Wandel die Partei beschimpfen und schädigen; fort mit allen, welche von der Partei nur fordern, aber ihr keine Opfer bringen wollen; fort mit allen Anglimmern und Feigen, deren Furchsamkeit nur die Kraft der Muthigen lähmt und oft schlimmer als Verrath wirkt; fort mit allen Ränkepolitikern und Stänkern, welche ihre persönlichen Interessen nicht dem Ganzen unterordnen können und wollen und durch ihr eigenmächtiges Vorgehen die Handlungen der Gesamtheit, der Partei abschwächen und durchkreuzen!

Mit fester, kräftiger Hand eine rücksichtslose Säuberung vorgenommen und hinaus mit allen Unzuverlässigen! Und dann: die festen, ächten Streiter des Sozialismus die Glieder enger geschlossen und vom Rücken unbedroht und des Mißtrauens in die eigenen Kampfgewalten lebendig, die Aufmerksamkeit rüchloslos gegen den Feind gewandt und ihm als ein geschlossenes, festgesetztes, einigtes Ganze entgegen — nur so vermögen wir den Kampf mit Ehren und mit Aussicht auf Erfolg zu führen, nur so können wir zum Sieg gelangen!!

## Ueber die nächsten Aufgaben der sozialistischen Partei Oesterreich's.

(Fortsetzung.)

Bekanntlich verbandt das österreichische Proletariat sein Erwachen aus dem bisherigen Stumpfthum den Impulsen, welche aus der Lassalle'schen Agitation in Deutschland hervorgingen und zur Zeit der ersten freiheitlichen Regungen am Ende der 60er Jahre auch nach Oesterreich hinüberwirkten. Die Schlagworte der Lassalle'schen Agitation bildeten Jahre hindurch das Rüstzeug der Mehrzahl der Agitatoren und die Lassalle'sche Lehre das Grundthema für fast alle Resolutionen.

Ueber manchen Vorzügen besaß diese Agitationsweise auch Schwächen, welche der Bewegung im ferneren Verlaufe sehr

schädlich wurden. Einer ihrer Hauptfehler war ihr nationaler Charakter; nur die deutschen Arbeiter Oesterreichs wurden in die Bewegung hineingezogen, die Slaven ignoriert und bei Seite geschoben. Oft fanden sich Anknüpfungspunkte, um mit den slavischen Arbeitern in engere Verbindung zu treten und sie für die sozialistischen Ideen zu gewinnen; allein die trotz der zur Schau getragenen internationalen Gesinnung bestehende nationale Engstirnigkeit, welche in den Slaven bloß ein in der Kultur niedriger stehendes Element erkannte, verhinderte ein brüderliches Zusammengehen zwischen den verschiedenen Nationalitäten, welches gerade in Oesterreich nöthiger ist, als anderswo.

Der Faschaleanismus und die nationale Seite der Bewegung verunsicherten auch jene Intimitäten zwischen einzelnen Führern der sozialistischen Partei und den Häuptern der liberalen Bourgeoispartei, welche nicht bloß verwirrend auf die Taktik der Partei wirkten, sondern auch jene bedauernswürdigen Konflikte innerhalb der Partei hervorriefen, an deren Nachwehen dieselbe jetzt noch leidet. Heute ist es wohl zweifellos, daß jene berüchtigt gewordene Annäherungen an die Deutschliberalen nur geschadet haben; weder haben sie irgend welche Konzessionen an die Arbeiter zur Folge gehabt, noch haben sie verhindern können, daß gerade unter dem liberalen Regime die Partei die schlimmsten Verfolgungen und die schamlosesten Gefehesübertretungen über sich ergehen lassen mußte. An positiven Resultaten haben wir im Wesentlichen nur den Parteikonflikt und das Fernbleiben aller nichtdeutschen Elemente von der Partei zu verzeichnen.

Wenn wir heute von einer sozialistischen Bewegung unter den slavischen Arbeitern Oesterreichs reden können, so haben wir dies keineswegs dem Einflusse der von Wien ausgehenden Agitation zuzuschreiben, sie ist vielmehr das Resultat außerösterreichischer Einflüsse, die unabhängig von der eigentlich österreichischen Bewegung entstanden und nach Oesterreich übertragen worden sind. Darum ist diese Bewegung auch noch eine ziemlich unbedeutende, und geht ihren eigenen Weg, unbekümmert um die Bestrebungen der deutschösterreichischen Arbeiter.

Sowie der Charakter der österreichischen Arbeiterbewegung der ersten Jahre hemmend auf die Propaganda unter den nichtdeutschen Arbeitern eingewirkt hat, war die damals in der Partei übliche Phrase von der fortschrittlichen Entwicklung Oesterreichs auf dem Boden der Dezemberverfassung nichts als eine gefährliche Selbsttäuschung. Man predigte es als ein Dogma, daß man den Liberalismus und dessen deutschnationale Tendenzen unterstützen müsse gegen die föderalistischen Bestrebungen, hinter denen nur clerikale und feudale Interessen verborgen wären. So richtig letztere Behauptung ist, ein so schwerwiegendes Irrthum war die Unterstützung der liberalen Bestrebungen der sogenannten Verfassungspartei. Die österreichischen Verhältnisse dürfen nicht nach der Schablone behandelt werden, welche bei nationalen Staaten angemessen ist. Die österreichische Verfassungspartei ist keineswegs eine Vereinigung von politisch freisinnigen Elementen, sondern nur eine Clique, die unter dem Deckmantel der Freiheit und des Deutschthums ihre Taschen füllt und ihren Ehrgeiz befriedigt. Darum steht sie nicht bloß in Opposition zu den clerikalen und feudalen Fraktionen, sondern auch zu allen wahrhaft freisinnigen Elementen. Für sie wäre die Freiheit der Tod und weil sie dies weiß, heßt sie die Deutschen, unter denen sie den größten Anhang hat, gegen die andern Nationalitäten, um sie von den Freiheitsbestrebungen abzuhalten; deshalb weist sie jede Versöhnung auch mit den liberalen Elementen anderer Fraktionen ab, da ihr wohlbekannt ist, daß nur das jetzige zu Gunsten der Deutschen abgefaßte Wahlgesetz ihr die Herrschaft sichern kann. Wenn man nun von dieser Partei das allgemeine Wahlrecht erhofft, durch das sie sich selbst aus der Welt schaffen soll, so zeigt dies einen hohen Grad von Naivetät. Die deutschliberale Clique kann nur durch ein Wahlgesetz herrschen, welches einen Hohn zum allgemeinen Wahlgesetz darstellt, und da sie niemals freiwillig auf ihre Privilegien verzichten wird, ist es lächerlich, bei ihr um das allgemeine Wahlrecht zu petitioniren.

Jene Phase aus der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung ist noch allen in Erinnerung, welche dadurch charakterisiert wurde, daß ein einflussreiches Mitglied der sozialistischen Partei sich um die Bundesgenossenschaft des Grafen Hohenwart bewarb und mit Hilfe der clerikalen Partei das allgemeine Wahlrecht zu erringen hoffte. Vielleicht gibt es einige, die auch heute, da eine Herrschaft der Clerikalen in ziemlich sicherer Aussicht steht, solche Hoffnungen hegen und auf ein Geschenk von ultramontaner Seite rechnen. Es wird gut sein, solche Illusionen im Keime zu zerstören, was umso leichter ist, da es nur eines Hinweises auf die eigentliche Natur jener Partei und auf die Quellen ihrer Stärke bedarf, um alle Täuschungen zu beseitigen.

Die Clerikalen und feudalen Oesterreichs, die seit langem enge verbunden sind, haben die Wurzel ihrer Stärke in der Bauernbevölkerung und im feudalen Großgrundbesitz, während ihre Anhängererschaft in den Südländern beständig sinkt; freilich bestehen in dieser Beziehung zwischen den einzelnen Provinzen bedeutende Unterschiede; da wir aber nur das Gesamtergebnis ins Auge fassen, so begnügen wir uns mit obiger Feststellung und knüpfen daran den Schluß, daß es demnach der clerikal-feudalen Partei in Bezug auf das Wahlrecht nur um eine Abänderung in dem Sinne zu thun sein kann, die bestehende Ungleichheit in der Vertretung der städtischen und ländlichen Elemente, welche heute das Uebergewicht der ersteren sichert, zu Gunsten der letzteren auszugleichen. Da sie sich aber bei Aufrechterhaltung des heutigen Gruppensystems ihre Herrschaft vollkommen zu sichern vermag, so wird es ihr gewiß nicht einfallen, das ihren Führern im Grunde des Herzens verhaßte allgemeine Stimmrecht einzuführen.

Das Resultat unserer Beobachtungen ist also dahin zusammenzufassen, daß von keiner der beiden größeren Parteien des österreichischen Parlamentes zu erwarten ist, daß sie dem arbeitenden Volke eine Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften gewährt.

Andere Konzessionen werden sie ebenso wenig gewähren, wie beide Parteien bereits zur Genüge bewiesen haben. Es bliebe also nur der Abolitionismus als letzter Rettungsanker. Wer jedoch den österreichischen Hof kennt, wird wissen, daß aus solchem Holze keine Regenten geschnitten werden, die einen kühnen Abolitionismus durchzuführen im Stande wären oder auch nur durch einen Tünder durchzuführen ließen. Und selbst wenn sich jemand fände, der die dazu notwendige Unabhängigkeit und Selbstständigkeit besäße, so würde er an den unüberwindlichen Schwierigkeiten

scheitern müssen, die aus der Verschiedenheit der materiellen Lebensbedingungen in den einzelnen Theilen des Reiches, aus der Verschiedenheit der Nationalitäten und aus deren Jahrhunderte langer Verheerung, aus der Ungleichheit in der Kultur und aus den nationalen Bestrebungen der Nachbarstaaten entspringen. Von Oesterreich gilt der berühmte Dante'sche Satz: Die ihr hier eintretet, laßt jede Hoffnung fahren!

Seit dem Hochverratsprozesse des Jahres 1870 hat nach kurzem Freiheitsrausche das österreichische Volk alle Bitterkeiten der schamlosesten Reaktion durchgelitten, ohne daß sich irgendwo für die Vorkämpfer der Geknechteten ein Hoffnungsstern gezeigt hätte. Es zeigte sich im Gegentheil ein stetiger Niedergang der politischen Vereine, während die Vereine, welche rein materielle oder gar bloß gefellige Zwecke verfolgten, zunehmen. Wiederholt wurden Versuche gemacht, die Arbeiter für politische Forderungen zu gewinnen. Diese Versuche scheiterten aber theils an der Gewalt der herrschenden Parteien, theils an der Gleichgültigkeit der Massen.

Die Reaktion war nicht damit zufrieden, daß sie die Sozialdemokratie in den letzten Winkel der legalen Agitation getrieben hatte, sie wollte deren völlige Vernichtung. Vereine wurden unter den niedrigsten Vorwänden aufgelöst, die sozialistische Presse durch die raffiniertesten Mittel zu beseitigen gesucht, Versammlungen nahezu unmöglich gemacht, — trotzdem blieb zwar die Sozialdemokratie bestehen, aber auch die Indolenz der Massen änderte sich nicht.

Das Häuflein treuer Parteigenossen, das trotz aller Wechselfälle unerschütterlich zur Fahne stand, das kein Opfer scheute, wenn es das Interesse der Partei erforderte, es verdient unsere Bewunderung und unsern Dank; aber sollen und dürfen wir vor der That sache die Augen schließen, daß sie doch nur ein Häuflein sind, verschwindend gegenüber der Masse Gleichgültiger und Gegner? Soll es nicht unser erstes und wichtigstes Bestreben sein, dieses Häuflein zu vergrößern, und die zündenden Ideen der sozialen Revolution in die geistige Nacht hinauszutragen?

(Schluß folgt.)

## Deutscher Parlamentarismus.

Von Friedrich Roth.

(Fortsetzung statt Schluß.)

Den echten Typus dieser Leute repräsentiert Herr v. Bennigsen, einer der größten Kasstraten, die die Welt gesehen, der damals, wenngleich vergeblich, die ihm unterstehenden Stimmen feilschte und bereit war, den Geldbeutel des Volkes für einige seiner Partei zu gewährende Vortheile preiszugeben; ja er hätte sich schließlich sogar mit dem bloßen Anschein von Zugeständnissen begnügt. Daß der große Handelsmann im Norden dennoch überboten wurde, war nicht seine Schuld. Jedenfalls haben diese Vorgänge das eine Gute gehabt, den wenigen nicht ganz charakterlosen Elementen der Partei die Augen zu öffnen über das Endziel solcher bedingungslosen Nachgiebigkeiten und sie zum Austritt aus der Fraktion in die Opposition zu drängen; während die bei der Frahe des Eunuchenthums Verbliebenen nunmehr ungehindert als Konservative gelten können, ohne gleichwohl, wie diese in ihrem Handeln mit ihrem Namen übereinzustimmen. Bennigsen vor Allen, der beständig nach einem Ministerposten feilscht, sucht sich solches durch die unbedingteste Unterwürfigkeit zu verdienen und kriecht dem Kanzler unaufhörlich in den H-ut Zu etwas Besseren mußte er die Militärgesetz-Debatte nicht zu benutzen, als demselben „ein neues, unverwundliches Vorbeerblatt“ an den Kopf zu werfen. Daß der Abg. Ridert bei derselben Gelegenheit die Arme das „ihueueste Gai“ der Nation nannte, mag nebenbei zur Charakteristik erwähnt sein; in gewissem Sinne hatte der Mann jedenfalls Recht.

Und das Zentrum? Hundertmal hatte es in seinen Wahlausrufen seine Absicht beteuert, jeder Mehrbelastung des Volkes entgegenzutreten zu wollen. Aber sobald ihm der Reichstanzler hinsichtlich der Kulturkampfsfrage einige Konzessionen in Aussicht stellte, da machten die Herren mit der Devise: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht“ Rechtsumkehr und halfen dem armen Volke 130 Millionen neue Steuern aus der Tasche ziehen. Das nannte Herr Windthorst eine reichsfreundliche That. Ob die armen Weber im sächsischen Voigtlande, oder die fast verhungerten Bergleute in Oberschlesien, denen er Brod, Licht, kurz jedes Bedürfnis noch verheuern half, in dieser Handlung auch eine Reichsfreundlichkeit finden? Verstieg sich Herr v. Schorlemer doch zu der indirecten Schlussfolgerung: „Da Andere den Seelsorger des armen Mannes nicht geschont hätten, brauche er auch seinen Magen nicht zu schonen!“ Vielleicht kann der Herr uns einen Fall anführen, wo Jemand aus Mangel an Seelsorge verhungert ist?

Außer den Konservativen, dieser blaublütigen Zucht vom Heerhann Bismarcks, über die jedes Wort außer dem „à bas!“ zu viel wäre, kommt jetzt nur noch die Fortschrittspartei in Frage. Nun, wie ist es mit deren Mannhaftigkeit bestellt? Trotzdem sie selbst in ihren Organen die Schuld der Sozialdemokratie an den Attentaten in Abrede stellte, verband sie sich doch mit den Nationalrevolen, wo es nur immer nöthig erschien, um die gefährlichen Sozialdemokraten aus dem Felde zu schlagen, mit denen sie ängstlich jede Gemeinschaft ableugnete, um nur selbst ja nicht für eine staatsgefährliche Partei gehalten zu werden. Daß sie damit keinen Einsichtsvollen täuschte, weiß sie selbst sehr wohl; denn die fortschrittlichen Prinzipien müssen, wenn vom Selbstad-Standpunkte auf den des unbemittelten, bedrückten, um seine Existenz schwer ringenden Menschen übertragen, folgerichtig ohne Frage ihre optimistische Weisung verlieren und eine Reihe von Konsequenzen durchlaufen — von denen die Fortschrittler natürlich nichts wissen wollen — in sozialdemokratische Prinzipien sich verwandeln. Das ist's, was Jenen von konservativer Seite zum Vorwurf gemacht wird, in Wirklichkeit aber das einzig-Gute an ihnen ist. Mit ängstlicher Hast beeilt sich Herr Eugen Richter, der große Maulgegnert der Sozialdemokratie, die „Volkszeitung“ Lügen zu strafen, als sie bei der Erfurter Wahl ihren Parteigenossen rief, eventuell für den Kandidaten der Sozialisten zu stimmen, statt für den Herrn Minister Lucius. Dieses feige Zukreuzelziehen vor dem regierungsfeindlichen über die Sozialdemokratie gesprochenen Bann konnte der Fortschrittspartei bei den Konservativen nur ein mitleidiges

Lächeln über ihre Schwäche und Unmännlichkeit, bei den Sozialisten nur Verachtung eintragen. Was aber kann das Volkwohl von dem Muth und der Thatkraft einer solchen Partei zu erwarten haben, die aus purer Angst, sie könnte zu viel thun, lieber gar nichts thut? Ihre Erfolge in den letzten 15 Jahren reden auch bereits genug eine ironische Sprache von dem Fortschritt dieser Partei, die man wohl zutreffend als eine solche der Zaghaftigkeit und Halbheit bezeichnen kann.

Einem solchen Reichstage allerdings konnte Bismarck getroffen der Reihe nach jene schönen Vorlagen von „Maul zu und Deutel auf!“-Gesetzen machen, mit denen wir in den letzten Jahren beglückt wurden und noch fortdauernd beglückt werden. Bismarck müßte nicht der Machiavelli des 19. Jahrhunderts sein, hätte er diese Energielosigkeit und eitle Selbstsucht nicht nach Kräften ausgenützt. Wollte die Versammlung ja einmal widerspenstig sein, so genügt ja sein drohendes „Dann thue ich nicht mehr mit!“, um derselben einen Schreck in die schlotternden Gebeine und die zagen Lampe's aus seinem Gemüsegarten zu jagen. Einem solchen Reichstage konnte er die Schmach antun, zwei seiner Mitglieder ihr Erscheinen in der Hauptstadt zur Ausübung ihres Mandats zum Verbrechen stempeln zu wollen, um solchergestalt eventual, wenn dies glückte, die sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem Hause ausschließen und die ganze Partei ihres Wahlrechts berauben zu können. Keine Stimme der Entrüstung jedoch über eine solche Gemeinheit wurde im Reichstage laut! Welche Vertretung einer anderen Nation hätte sich wohl die schmäbliche, wegwerfende Abspießung bieten lassen, die der deutschen Betreffs der wiederholt angeregten Frage betreffs des großen Kurfürsten zu Theil wurde?! Die Regierungvertreter hüllten sich in ihr Amtsgeheimniß ein und über einen Vorgang, bei dem Deutschland 13 Millionen Mark und 400 Mann seiner Marine verlor, hält man es nicht für nöthig, seiner Vertretung Rechenschaft zu geben; vielmehr sagte das ganze Gebahren ziemlich unverhohlen: „Das geht Euch Nichts an.“ Dank der famosen preussischen Militärverfassung aber braucht Niemand über die Unterjochung das Gringste zu erfahren, es braucht also auch gar keine geführt worden zu sein. Als der Abg. Liebknecht in korrekter Konsequenz des von ihm vertretenen Standpunktes sich jener monarchisch-unterwürfigen Ovation nicht angeschlossen, mit der der Reichstag seine „Arbeiten“ beginnt und schließt, wie der Pfaff seine Predigt mit dem „Amen“, da hätte ihn, den Einzigen, der wahren Mannesmuth und Manneswürde zu zeigen wagte, die ganze Meute der Serbilen am liebsten zerissen und an Schmähungen von der Tribüne herab schleudern nicht, wozegen sich zu verteidigen ihm jedoch durch das überläubende Geklaff der Schweifwedler unmöglich gemacht wurde.

(Schluß folgt.)

## Zur Tschigiriner Affäre.

Wir erhalten von unsern russischen Brüdern vom vorübergehend unterdrückten sozialistischen Organ „Tschornji Peredel“ folgende Zuschrift: „Geheite Redaktion! In der ersten Nummer der russischen Zeitschrift „Tschornji Peredel“ war auch der Anfang einer Erzählung Stephanowitsch's über die Tschigiriner Affäre enthalten, welche der „Sozialdemokrat“ in den Nummern 23, 24 und 26 in deutscher Uebersetzung wiedergab. Der Schluß der Erzählung und die Bemerkungen der Redaktion hinsichtlich der in dieser Angelegenheit angewendeten Mittel, sind für die zweite Nummer des „Tschornji Peredel“ bestimmt gewesen. Diese Nummer ist aber, wie Ihnen bekannt, nicht erschienen. Durch einen unglücklichen Zufall verloren die Druckerei und damit die Möglichkeit, unsere Meinung auszusprechen und die einen oder die anderen Einwendungen hinsichtlich der Tschigiriner Geschichte zu beleuchten.“

Dieses ungewollte Schweigen konnte Veranlassung zu Mißverständnissen geben, weshalb wir Sie ersuchen, im „Sozialdemokrat“ folgende Erklärung aufnehmen zu wollen, die nur den Hauptinhalt unseres für die zweite Nummer des „Tschornji Peredel“ bestimmten Artikels wiedergibt.

Indem die Redaktion des „Tsch. P.“ die Erzählung über die Tschigiriner Affäre veröffentlichte, war sie weit entfernt, die angewendeten Mittel zu empfehlen. Ihre Meinung ging dahin, daß diese Angelegenheit von Bedeutung ist als ein außerordentlich wichtiger Versuch zur Durchführung einer revolutionären Organisation im Volke, und daß sie in dieser Beziehung die besondere Aufmerksamkeit der russischen Sozialisten gerade jetzt insbesondere verdient, wo ein Theil unserer Kräfte leider abgezogen zu werden scheint für einen Kampf, der wenig Gemeinsames hat mit der Frage einer ökonomischen Revolution in Rußland. Die Redaktion glaubt, daß Stephanowitsch's Erzählung als Antwort dient für diejenigen, die an der Möglichkeit der Durchführung einer Organisation im Volke und des ersten Verhaltens des Volkes einer solchen gegenüber zweifeln. Im Verlauf der jehmonatlichen Sitzung der Tschigiriner Organisation ist kein einziger Fall von Demunization oder Berrath seitens irgend eines ihrer Mitglieder vorgekommen. Die nachherigen Verhaftungen sind nur der Unzufälligkeit und Unvorsichtigkeit zu verbanen, die bekanntlich nicht den Bauern allein eigen sind. Die feurige Begeisterung der Tschigiriner Bauern für die Sache ihrer ökonomischen Bewegung beweist aber, daß der Mißerfolg einiger unserer Genossen bei ihrer Thätigkeit im Volke mehr von ihnen selbst abhing, als von den Umständen, unter welchen sie arbeiten mußten.

Aber mit der Tschigiriner Angelegenheit ist der Begriff einer autoritären Fahne der Bewegung verbunden, einer Organisation im Namen des Volke idealisirten Jaren. Ob der „Tsch. Pered.“ solche Mittel der Thätigkeit gutheißend und in Schutz zu nehmen hatte? Die Redaktion trägt kein Bedenken, diese Frage zu verneinen, um so mehr, als die Initiatoren der Tschigiriner Angelegenheit selbst niemals die Absicht hatten, das Vertrauen auf den Jaren als Ausgangspunkt einer Organisation im Volke zu betrachten. Der unbefangene Leser wird nach dem Durchlesen der Erzählung von Stephanowitsch jubeln müssen, daß alle Bemühungen der intelligenten Theilnehmer an dieser Angelegenheit dahin gerichtet waren, das Vertrauen auf den Jaren abzuschwächen und die revolutionäre Selbsthilfe zu entwickeln. Sie bemühten sich, die Bauern zu überzeugen, daß der Jar außer Stande sei, ihre elende Lage zu verbessern und daß ihnen nichts übrig bleibe, als ihren eigenen Kräften zu vertrauen. Nichts desto weniger ist es ersichtlich, wie unbehaglich die Lage der Sozialisten war, die dem Volke Erklärungen abgegeben hatten im Namen des Jaren. Und die Redaktion der „Tschornji Peredel“, als eines sozialistischen Organs, legt ganz besonderes Gewicht auf die Nothwendigkeit, eine ähnliche Lage mit allen Kräften zu vermeiden und den Glauben des Volkes auf die Hilfe und Günst des Jaren zu vernichten.

Welches auch die praktischen Erfolge der Tschigiriner Affäre sein mögen: den Kreis, dessen Ansichten der „Tschornji Peredel“ vertritt, hat niemals von der Ueberzeugung abgewichen, daß die Befreiung des Volkes Sache des Volkes selbst ist und daß die Durchführung des Vertrauens auf den Jaren eine der nachwendigsten Bedingungen dieser Befreiung ist. Wollten wir ausfühlicher hierauf eingehen, so müßten wir hier Alles das wiederholen, was im Leitartikel der ersten

\*) Dies ist auch der Grund, warum wir unsere Uebersetzungsarbeit über die Tschigiriner Affäre nicht zu Ende führen konnten. Sobald die zweite Nummer des „Tschornji Peredel“ erscheint — wir hoffen, daß das recht bald der Fall sein werde — werden wir den Schluß unserer Artikelreihe bringen. D. B.

Numer der „N. N.“ gesagt worden ist. Wir hoffen aber, daß diese unsere Erklärung jeder unrichtigen Auffassung unserer Ansichten von Seiten der Leser des „Sozialdemokrat“ vorbeugen wird. Sobald nur möglich, kommen wir im russischen Organ darauf zurück.  
Genf. Für die Redaktion: G. P. L. e. a. n. o. w.

## Sozialpolitische Rundschau.

### Deutschland.

\* Ueber eines der Schmerzensländer des Reiches, das unglückliche Oberschlesien, ist abermals eine Heimvisitation gekommen. Andauernde Regengüsse haben die Oder und ihre linken Nebenflüsse angeschwollen, so daß sie aus ihren Ufern getreten sind und an Gebäuden und Feldfrüchten großen Schaden angerichtet haben. Auch diejenigen Theile des Landes, welche von der Ueberschwemmung nicht unmittelbar betroffen worden sind, werden unter den Folgen der fortwährenden Rässe, gegen welche kaum ein anderer Landstrich so empfindlich ist, aller Voraussicht nach schwer zu leiden haben. Damit steht für die betroffenen Landstriche eine Wiederholung des Nothstandes bevor, deren Folgen der verarmten und geschwächten Bevölkerung neues Elend auferlegen, wenn nicht diesmal rechtzeitig Hülfe geleistet wird. In einem vernünftig organisierten Staatswesen, in einem sozialistischen Staat, würde eine solche Katastrophe — soweit sie bei rationellen Land-, Wasser-, und Waldbauverhältnissen noch vorkommen könnte — leicht getragen, denn der ganze Staat würde den Schaden auf sich verteilen und so mit Leichtigkeit tragen. Unter den heutigen Verhältnissen ist das aber ganz anders; man braucht das Geld zu Soldaten, Fürstentum und sonstigen Schmarozern aller Art, und wird man daher für Oberschlesien so wenig etwas Nennenswerthes thun, wie bisher; man läßt das Volk ruhig verderben und im Elend umkommen. Und das wird so lange dauern, bis die Sozialdemokratie stark und die Verhältnisse entwickelt genug sind. Dann erst wird diese Hungernoth in Trümmer sinken und eine neue „Ordnung“, eine wahre Ordnung der Freiheit, der Gleichheit und der Wohlfahrt herrschen. Der Weg zu diesem hellen Tag aber führt durch viele Finsternisse.

— Die Begründung des freisprechenden Urtheils im Lichterfelder Bannbruchprozess hat die Regierung schwer gekränkt, weil durch dieselbe die Kompetenz des Generalpolizeigewaltigen Radau sehr beschränkt wird. Es ist deshalb vom Staatsanwalt Berufung ergriffen und wird demnach der alte Teig noch einmal breit getreten.

— Bei einer jüngst in Berlin stattgehabten Versammlung von Kaufleuten stellte sich heraus, daß es in Berlin augenblicklich 13,000 arbeitslose Handlungsgesellen gibt. Häßliche „Ordnung“, nicht wahr?

— Mit der berühmten Dresdener Hochverräterei scheint die Polizei nicht mehr Glück zu haben, als mit vielen ähnlichen Affären. Die Genossen Kayser und Pehold mußten wieder aus der Untersuchungshaft entlassen werden, nachdem sie 10 Tage dort zugebracht. Dagegen scheint man gegen Paschy und den mit ihm verhafteten Tischler wirklich Klage erheben zu wollen.

— In Mecklenburg wurde ein Postdieb, welcher Werthpäckchen gestohlen, zu acht Jahren Zuchthaus verurtheilt. Wie viel Zuchthaus gehörte dann dementsprechend den amtlichen Postdieben, die taufende von Briefen erbrechen und stehlen? Man sieht, daß auch hier nur die kleinen Diebe baumeln müssen; nun, das Volk wird's hoffentlich einst den großen auch noch besorgen!

— In dem seit nun zwei Monaten dauernden Lohnkampfe der Berliner Tischler scheint die Entscheidung heranzunehmen. Die Möbelmacher werden demnächst die Forderungen der Arbeiter (Lohnhöhung um 10%, Arbeitszeit von 10 Stunden, Abschaffung der Sonntagsarbeit) in allen Werkstätten zu gleich zur Geltung bringen.

W. Berlin, 5. August. Die „Enthüllungen“ Hasselmann's haben in der Partei nicht den gewünschten Eindruck hervorgerufen; sie stürzen nur das Verlangen, auf einem größeren Kongresse eine Aussprache zu erzwängen, um durch Reorganisation der Beziehungen von Ort zu Ort den Misserfolg des Sozialkongresses nach Außen hin noch mehr als bisher zu beweisen. Es wird Niemanden, am Allerwenigsten aber einer solchen traurigen „Größe“, gelingen, eine Spaltung zu Stande zu bringen, denn die Partei zählt keineswegs das Bedürfnis nach einer solchen, sondern vielmehr zur größten Einigkeit. Alles einseitige Vorgehen, wie beispielsweise das des Hamburger Unternehmens „Die deutsche Marie“ wird hier stets mit Entschiedenheit abgelehnt. Daß Meinungsdivergenzen, wo der Austausch der Meinungen so schwierig ist, entstehen können, ist ja erklärlich; doch selbst bei andauernder Unterdrückung der offenen Agitation führen sie unter Männern, welche bewußt und ehrlich demselben großen Ziel zustreben, nicht zum Bruch. Natürlich sind die fortschrittlichen und liberalen Blätter voll Jubel über die scheinbare Wirkung des Sozialkongresses; der Jerral der Partei sei schon weit vorgeschritten, meinen sie, und bedenken dabei nicht, daß die Agitation nach Außen so wächst, daß die so mächtige Polizei in München, Dresden und anderswo Verweisslungsschreie ausstößt, weil sie ohnmächtig ist gegenüber der Importation von Flugblättern, obgleich ihr die Post so treulich zur Seite steht, wenn sie sich vielleicht auch nicht so weit misbrauchen läßt, wie die Dresdener. Berlin unterläßt die Familien seiner Ausgewiesenen aus Beiträgen der zum großen Theil beschäftigungslosen Handwerker und Arbeiter! Zeitungen und Flugblätter gelangen regelmäßig zur Verbreitung, nur ab und zu gelingt es, ein Zeitungspaket abzugeben; aber wieviel hundert Pakete werden erst geöffnet, bis der Zufall beiseite tritt? Hansjuchungen und Postunterdrückungen nehmen ihren Fortgang; doch ist man jetzt mehr darauf vorbereitet und das Resultat ist fälliger. Einem Ausgewiesenen, der sich kurze Zeit in Frankfurt a. M. aufhielt, brachte ein Freund u. a. seine zurückgelassenen Betten wohl verpackt nach. Die Polizei vermuthet aber „Vorbereitungen zum Aufbruch“, ja denkt vielleicht gar an Waffenfundungen. Es wird despektirt, und kaum betritt der Freund das Quartier des Ausgewiesenen, als die Schergen erscheinen, mit der Frage, wo die Versammlung sei? Die folgende Hausdurchsuchung fördert aber nur einige gedruckte Sozialdemokraten zu Tage, und der Staat war wieder einmal gerettet. — Mögen die Thoren bei ihrem Glauben bleiben, daß die Idee der Sozialdemokratie heilig sei. Die Reichstagswahlen des Jahres 1881 werden sie uns kräftigste vom Gegentheil überzeugen. Die nationalliberale Partei weiß nicht mehr, was sie sagen und thun soll; um sich einen Anschein von Wollen und Handeln zu geben, versammeln sich die Nationalliberalen der Provinz Hannover, um über die Einführung eines neuen — Reichsgesetzes zu berathen; wenn sich nicht dahinter die Absicht verbirgt, ein Lebensretter für die halbtoote Parteiverfassung zu erfinden. Die Fortschrittler sind rühriger und arbeiten für die Reichstagswahlen vor. — Turner, Schilling und Sängler sind von jeder förmliche Leute gewesen, sobald sie sich zu nationalen Feten zusammenfanden. Von Bier und Wein erhit, feiern sie die großartigen und rührendsten Verbrüderungen; sind sie dann aber daheim, dann kommt der Sozialpatriotismus wieder zum Vorschein. Das Wiener Schützenfest und das Frankfurter Turnfest illustriren diese Erfahrung aufs Neue. In Frankfurt a. M. feierte ein Pariser Turner ein von uns so lebhaft vertretene Idee der Verbrüderung der zivilisierten Nationen; unter dem

lebhaftesten Beifall der Tischgenossen führte er aus — wenn auch in anderen Worten — daß eigentlich kein vernünftiger Grund vorläge, mit dem Nachbar sich auf Feindschaft zu verheißeln. Ein folgender Redner aber feierte in begeisterten Worten den Deutschen Patriotismus: Einerlei, ob roth oder schwarz, wer nicht ein treuer Deutscher (sozialer Dummkopf) sei — fort mit ihm! Als ob es nicht höchst gleichgültig wäre, welche Theorienmanie gerade das Staatsruder lenkt, als ob die zufällige Eintheilung Europa's in so und so viel Monarchien für alle Ewigkeit feststände! Wie lange mag es wohl her sein, daß Herr Göb vom heiligen Partikularismus zum deutschen (?) Partikularismus aufschwang? Auch diese Worte, der Rede des Pariserer gerade entgegengesetzt, fanden gleich unparteiisch jubelnde Aufnahme! In weissen Hirt steht mehr Bermannt? In dem des lokalen Nationalliberalen, der außer von seinen Interessen von der ihm anezogenen Dummheit geleitet wird, von der er sich sein Leben nicht frei machen kann, — oder in dem des Arbeitssklaven, der nur zu lange die Frohspeisefische erregt, um endlich seine Gleichberechtigung geltend zu machen? So lange die Arbeiter düdelt, hielt man sie für dumm, und vermehrte die Forderungen; jetzt, wo sie ihre Menschenrechte geltend machen, erklärt man sie für wahnwitzige Empörer!

W. Berlin, 6. August. Wir haben in einem früheren Bericht mitgeteilt, daß die am 26. Dezember vorigen Jahres verhafteten „Nihilisten“ Werner, Crona u. c. noch immer in der Untersuchungshaft (Schwaben). Wir wiesen darauf hin, daß diese Verschleppung der Justiz wieder einmal zeige, wie in unserem „Rechtsstaat“ der langweilige Artikel 4 der preussischen Verfassung: „Alle Preussen sind vor dem Gesetze gleich“, zur bedeutungslosigen hohlen Phrase degradiert wird. Nunmehr sind wir sogar in der Lage, noch einzelne Details mittheilen zu können, welche das Verfahren gegen die Begehrten nicht bloß als hart und unbilig erscheinen lassen, sondern es geradezu zu einem haarsträubenden Geseßbruch selbst im Sinne des geltenden „Rechts“ stampfen. Die Untersuchung wurde nämlich im Anfang mit der möglichsten Schnelligkeit und Energie betrieben, sodas sogar alle Verhandlungen zwischen der Berliner und Leipziger Staats- resp. Reichsanwaltschaft der telegraphische Weg benützt wurde. Man glaubte eben, einen außerordentlichen Rang gemacht zu haben und freute sich schon darauf, unserer Partei damit einen gefährlichen Schlag — wie man meinte — verfehlen zu können. In Folge dieser Verschleppung war der Anklageantrag des Reichsgerichts, das ja für Hochverrathprozesse ausschließlich zuständig ist, bereits am 9. Januar so weit informiert, um über die Erhebung der Anklage vom Reichsgericht fassen zu können. Nun wohl: der Beschluß vom 9. Januar lautete dahin, daß der Anklageantrag als durchaus unbegründet und unbewiesen zurückzuweisen sei. Trotzdem sitzen die Verhafteten noch heute, 7 Monate nach diesem Beschluß des Reichsgerichts; sie werden heute noch gefangen gehalten, trotzdem der Artikel 126 der Strafprozessordnung also lautet: „Der vor Erhebung der öffentlichen Klage erlassene Haftbefehl ist aufzuheben, wenn die Staatsanwaltschaft es beantragt oder wenn nicht binnen einer Woche nach Vollstreckung des Haftbefehls die öffentliche Klage erhoben und die Fortdauer der Haft von dem zuständigen Richter (also in diesem Falle vom Reichsgericht) angeordnet, auch diese Anordnung zur Kenntnis des Angeklagten gelangt ist.“ (Die Frist zur Erhebung der Anklage kann bei Verbrechen und Vergehen noch auf höchstens 4 Wochen verlängert werden.) Ein weiterer Commentar erscheint überflüssig; das Gesetz spricht klar und deutlich genug. Dieselbe Regierung aber, welche ihre eigenen von ihr ausgehenden Geseße mit Füßen tritt, hat die schamlose Frechheit, uns Sozialdemokraten als Geseßverächter zu verfolgen! — Was weiter mit den unglücklich Eingekerkerten werden soll, darüber hört man nichts. Es ist höchst charakteristisch für die bestehenden Zustände, daß man erst heute nach einem halben Jahre von jenem Beschluß des Reichsgerichts etwas erzählt. Man scheint die kolossale Blamage gefürchtet zu haben, einzugehen, daß der Kern, welcher wegen der Entdeckung der Drucker gemacht wurde, nur dazu gedient hat, eine an sich bedeutungslose Sache zu einem Hochverrathprozess aufzubauschen. Zustände, unter denen eine derartige „Rechtspflege“ möglich ist, erinnern, wie überhaupt unsere gegenwärtige Epoche, sehr an die Zeit vor der großen französischen Revolution. Möge doch bald ein ähnliches Ungewitter über unsere korrupte Gesellschaft hereinbrechen und die verpestete Atmosphäre der Bourgeoiswelt radikal reinigen!

— Magdeburg, 1. August. Am 14. Juli, dem Tag des Bahnensturmes, wurde daher ein Sozialistenprozess verhandelt, welcher nicht wenig dazu beitragen wird, unsere Basis, die heutige deutsche Staats-„Ordnung“ zu erschüttern und ihre Grundsteine im Volk zu untergraben. Unsere verhafteten Genossen Beck, Freund, Geisler und Hildebrand erschienen in öffentlicher Gerichtsverhandlung, der geheimen Verbreitung verbottener sozialistischer Schriften angeklagt. Die Anklageschrift ist ob der Konspiration unserer Thätigkeit und der behördlichen Rathlosigkeit und Ohnmacht gegen uns unbefriedigend. Sie lamentirt, daß die geheime Organisation der Sozialdemokratie eine so eigenthümliche sei, daß stets nur einige Nischen des über ganz Deutschland verbreiteten sozialistischen Reges entdeckt werden können; daß die massenhaften Flugblätter größtentheils vom Ausland nach Deutschland importirt werden, theilweis in ganzen Ballen, theilweis unter einzelnen Adressen drücklich; daß insbesondere „zum Theil über London, zum Theil über Budapest etwa 12,000 Exemplare „Sozialdemokraten“ in Deutschland verbreitet werden“ u. c. Meistentheils — geht es in rührendem Klagen tone weiter — sind falsche Namen für Verleger, Verleger und Drucker gewählt, so daß es fast nie gelingt, bestimmte Anhaltspunkte zu gewinnen.“ Es ist zum Todtlichen; weil die hochweise (?) deutsche Polizei, trotzdem sie ihre Schulfächer in mindestens ebenso eifriger und gemeiner, wenn auch freilich viel plumperer Weise treibt, als seinerzeit die Monarchen des napoleonischen Kaiser-Regimes, trotz aller erdenklichen Mühe bis jetzt noch keine so großen Staatsaktionen gegen die Sozialdemokratie verurtheilbaren Beweise hat ermitteln können; deshalb wird nun die ganze Schuld auf die „falschen Namen“ geschoben. Als ob die Polizeierwartungen könnten, daß sich die Männer unserer Propaganda ihnen unterthänig misden! Als Zeugen für die Behauptungen der Anklage fungierten die Polizeikommissare Weggraf, Sommermann, Schmidt und der Polizei-Inspektor Ritter. Letzterer erklärte, daß die nächste Veranlassung zur Hausdurchsuchung bei Beck ein Anstoß des Polizeipräsidenten v. Radau in Berlin gewesen sei, welcher hätte werden lassen: daß der sozialdemokratische Agitator Reiß in Berlin ein Paket Schriften an Beck abgehandelt hätte. Leider habe man freilich die Schriften nicht gefunden, wohl aber die Einballage (ein Stück Pappe lag stolz als corpus delicti auf dem Tisch des Gerichtstisches), welche „unzweifelhaft bewies“, daß Beck die Schriften erhalten habe, trotzdem letzterer dies leugne. Zeuge ist „fest überzeugt“, ja er weiß es sogar gewiß, daß die Angeklagten Beck und Hildebrand einen Kestereis auf sozialdemokratische Schriften haben; Beck habe auch einmal seine Freude darüber ausgedrückt, daß die Flugblätter so schön verbreitet würden. Mit betrübter Miene, die einen Pfaffen beim Anblick eines „armen Säubers“ sehr gut gefiel, haben würde, beklagt sich der weise Herr Inspektor, daß die Sozialdemokraten die Freiheit befähigen, mitten in der Stadt geheime Versammlungen abzuhalten, und wenn dann die Polizei einmal auf die Spur komme, „dann verschwinden sie von einer Restauration in die andere, bis sie den Beamten einschläft sind, die so zum Narren gehalten werden, worauf sie dann ruhig weiter tagen.“ Nicht wahr, das sind doch erschreckliche Theilschreden, die die arme Polizei so unbarbarisch händeln! „Sie glauben gar nicht, meine Herren Richter — rief der würdige Herr in voller Entzückung — mit welcher Schlaubeit diese Sozialdemokraten zu Werke gehen; es haben sich kleine Kreise gebildet, von denen jeder nur seinen bestimmten Vorkenntnis kennt und auf weiter Niemand hört; es ist unmöglich (mit weinerlichem Ton) irgend etwas Positives über diese staatsgefährlichen Wühler zu erfahren.“ Also der Herr Inspektor weiß ganz genau, daß Beck und Hildebrand Schriften verbreitet haben und zugleich ist es ihm doch unmöglich, etwas Positives zu erzählen! Erklärt mir, Herr Geisler, diesen Zwiespalt der Natur! — Als von einem Gerichtsrath verlangt wurde, daß der Inspektor für diese seine Behauptungen auch Beweise bringen solle, erklärte derselbe: „Der Herr Polizeipräsident hat es mir verboten, ich darf nicht!“ Und der hohe (?) Gerichtshof? Er begnügt sich mit dieser sechs Polizeianwort! — Der Polizeipräsident Ritter hat aber, bevor er seine Aussagen begann, ausdrücklich beschworen: „daß er nichts hinzusetzen und nichts anlassen wolle, was zur Erhellung des Thatbestandes beitragen könnte.“ Wir konstatieren angesichts vorstehender Thatfache, daß der Polizeipräsident Ritter wissenschaftlich und vorzüglich einen Meineid geleistet hat; und wir konstatieren ferner, daß der Polizeipräsident v. Arnim seinen

